

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG**
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

KONFLIKTBAROMETER 2008

**Krisen - Kriege - Putsche
Verhandlungen - Interventionen - Friedensschlüsse**

17. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE

Globales Konfliktpanorama



HIIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) am INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Auswertung und Dokumentation innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Konfliktgegenstände

Territorium
Sezession
Dekolonisation
Autonomie
System / Ideologie
Nationale Macht
Regionale Vorherrschaft
Internationale Macht
Ressourcen
Sonstiges

Konfliktintensitäten

Gewaltgrad	Intensitäts-gruppierung	Intensitäts-level	Intensitäts-bezeichnung	Definition
nicht-gewaltsam	niedrig	1	Latenter Konflikt	Eine Positionsdifferenz um definierbare Werte von nationaler Bedeutung ist dann ein latenter Konflikt, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden.
		2	Manifester Konflikt	Ein manifester Konflikt beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen. Dies umfasst beispielsweise verbalen Druck, die öffentliche Androhung von Gewalt oder das Verhängen von ökonomischen Zwangsmaßnahmen.
gewaltsam	mittel	3	Krise	Eine Krise ist ein Spannungszustand, in dem mindestens eine der Parteien einzeln Gewalt anwendet.
		4	Ernste Krise	Als ernste Krise wird ein Konflikt dann bezeichnet, wenn wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird.
	hoch	5	Krieg	Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.

Die in dieser Publikation angegebenen Konfliktintensitäten geben den höchsten Intensitätsgrad an, der im Laufe des aktuellen Jahres erreicht wurde. Somit kann beispielsweise auch ein Konflikt als ernste Krise klassifiziert werden, in dem in der zweiten Jahreshälfte keine Gefechte mehr stattgefunden haben.

Das vorliegende Konfliktbarometer 2008 gibt den aktuellen Stand unserer Forschung wieder. Dadurch können sich Abweichungen von Daten älterer Ausgaben ergeben. Das HIIK übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der gedruckten Daten in dieser Veröffentlichung.

Redaktionsschluss: 30. November 2008

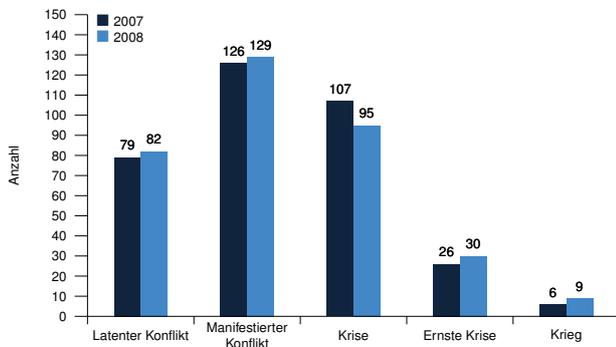
Globales Konfliktpanorama

Globale Entwicklung

Im Jahr 2008 werden insgesamt 345 Konflikte gezählt. Abgesehen von den 39 Konflikten, die mit massivem Einsatz von Gewalt ausgefochten werden, werden 95 Konflikte mit sporadischem Gewalteininsatz ausgetragen und daher als Krisen klassifiziert. Im Gegensatz dazu werden 211 nichtgewaltsame Konflikte gezählt, die in 129 manifeste und 82 latente Konflikte zu unterscheiden sind.

Im Vergleich mit dem Vorjahr bleibt die Zahl der Konflikte fast dieselbe (344 im Jahr 2007 und 345 im Jahr 2008).

Globale Konfliktintensitäten 2008 im Vergleich zu 2007



Die Gesamtzahl der nichtgewaltsamen Konflikte nimmt um sechs zu, während sich die Zahl der Krisen um zwölf verringert. Jedoch steigt, nach dem relativ friedlichen Jahr 2007, die Zahl der hochgewaltsamen Konflikte in 2008 erneut an. Es werden neun Kriege und 30 ernste Krisen gezählt, die sich zu 39 hochgewaltsamen Konflikten summieren; 2007 sind sechs Kriege und 26 ernste Krisen, d.h. insgesamt 32 Konflikte hoher Intensität, gezählt worden. Vier der Kriege sind schon 2007 auf dieser Intensitätsstufe ausgetragen worden: Afghanistan (Taliban), Sudan (Darfur), Somalia (UIC) und Sri Lanka (LTTE). Da diese vier Konflikte auch 2006 schon als Kriege eingestuft worden waren, wobei der Konflikt in Darfur schon im fünften Jahr als Krieg ausgetragen wird, zeichnet sich hier eine Verhärtung und Selbstperpetuierung massiver Gewalt ab.

Vier der übrigen fünf Kriege des Jahres 2008 sind im Vorjahr als ernste Krisen eingestuft worden: Tschad (verschiedene Rebellen Gruppen), Irak (al-Sadr-Gruppe), Pakistan (Islamisten) und Türkei (PKK/KONGRA-GEL / Kurdengebiete). Ihre Eskalation zu Kriegen bedeutet eine Intensivierung der bereits massiven Gewalt. Nur im Fall von Russland vs. Georgien eskaliert ein bislang nichtgewaltsamer, aber dennoch angespannter Konflikt zu einem recht kurzen Krieg. Diejenigen beiden Kriege des Jahres 2007, die 2008 nicht mehr auf dieser Intensitätsstufe ausgefochten werden, deeskalieren leicht auf die Stufe einer ernsten Krise.

Die Gesamtzahl der ernsten Krisen nimmt 2008 um vier

zu. Während zwei von ihnen im Jahr 2007 Kriege gewesen sind (siehe oben) und zwölf bereits ernste Krisen, eskalieren 14 von einer Krise und zwei von einem manifesten Konflikt zu ernsten Krisen. Die von einem manifesten Konflikt zu einer ernsten Krise eskalierenden Konflikte sind beide im subsaharischen Afrika angesiedelt: In Kenia entzündeten sich an Oppositionsprotesten gegen angeblichen Wahlbetrug landesweite ethnische Zusammenstöße, die mehrere Wochen andauern und 1.500 Todesopfer fordern [→ Kenia (Opposition)]; in Nigeria löst eine umstrittene Kommunalwahl zweitägige Massaker zwischen Christen und Muslimen aus, denen mindestens 400 Menschen zum Opfer fallen. Diejenigen der ernsten Krisen des Vorjahres, die weder zu Kriegen eskalieren noch auf derselben Intensitätsstufe verbleiben, deeskalieren alle zehn auf die Stufe einer Krise, d.h. bleiben trotz der Deeskalation gewaltsam.

Insgesamt nimmt die Zahl der Konflikte um eins zu, da fünf Konflikte 2007 enden und sechs neue 2008 auftreten. Zusätzlich werden vier Konflikte als im Jahr 2008 beendet angesehen. In Europa endet 2008 ein Konflikt, da Mazedonien und die selbsterklärte unabhängige Republik Kosovo ihre Grenzstreitigkeiten beilegen [→ Mazedonien (Kosovo)]. Im subsaharischen Afrika hat ein Konflikt im Jahr 2007 geendet, und ein neuer Konflikt bricht 2008 aus. Zudem enden in der Region 2008 zwei Konflikte, einer davon in Angola, wo die ersten Wahlen in 16 Jahren klar von der regierenden Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) gewonnen werden. Die wichtigste Oppositionspartei und frühere Rebellen-Gruppe Nationale Union für die Völlige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) akzeptiert ihre Niederlage und setzt so einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg ein Ende, der mit sehr hohem Gewalteininsatz geführt worden war. Im Tschad vereinigt sich die Rebellen-Gruppe Bewegung für Demokratie

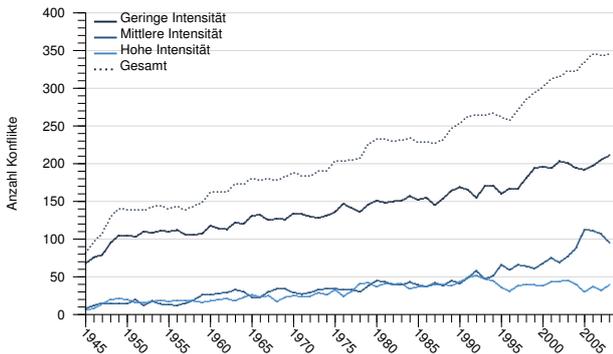
Inhaltsverzeichnis

Globales Konfliktpanorama	1
Globale Entwicklung	2
Analyse innerstaatlich - zwischenstaatlich	3
Weltkarte: Konflikte hoher Intensität 2008	3
Regionale Entwicklung	4
Dynamiken innerhalb einzelner Konflikte	4
Konfliktgegenstände	5
Putzche	6
Terrorismus	6
Massnahmen der Konfliktbewältigung	7
Verhandlungen und Abkommen	7
Internationale Organisationen	8
Autoritative Entscheidungen des IGH	12
Regionen	14
Europa	14
Afrika südlich der Sahara	26
Amerika	38
Asien und Ozeanien	41
Mittlerer Osten und Maghreb	56

und Gerechtigkeit im Tschad (MDJT), die von 1998 bis 2003 aktiv die Regierung bekämpft hatte, mit mehreren anderen Rebellenorganisationen, die seit 2005 gegen die Regierung kämpfen [→ Tschad (verschiedene Rebellenorganisationen)]. Zwei Territorialkonflikte in den Amerikas, zwischen Guyana und Surinam bzw. zwischen Honduras und Nicaragua, enden 2007 aufgrund internationaler Gerichtssprüche. Vier neue Konflikte brechen in dieser Region im Jahr 2008 aus, alle innerstaatliche Auseinandersetzungen, die schon im Jahr ihres Beginns die Schwelle zur Gewalt überschreiten [→ Chile (Mapuche); Nicaragua (verschiedene Oppositionsgruppen); Panama (Opposition); Peru (Opposition)]. Ein Konflikt in den Amerikas wird als 2008 beendet angesehen. In Asien und Ozeanien haben 2007 zwei Konflikte geendet, namentlich Singapur (Malaien) und Vietnam (KKNLF). Im Vorderen und Mittleren Orient endet weder 2007 noch 2008 ein Konflikt, auch bricht 2008 kein neuer aus.

Für die langfristige Trendanalyse werden die fünf Intensitätsstufen zu drei Gruppen zusammengefasst: die beiden nicht-gewaltsamen Stufen werden als Konflikte niedriger Intensität bezeichnet, Krisen als Konflikte mittlerer Intensität, ernste Krisen und Kriege werden zu Konflikten hoher Intensität zusammengefasst.

Globale Konflikte niedriger, mittlerer und hoher Intensität von 1945 bis 2008



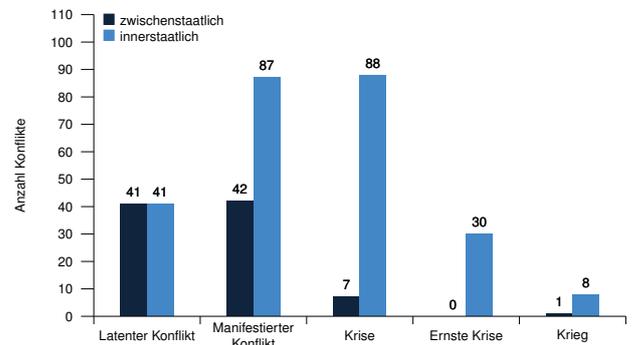
Zudem zeigt die obige/unterstehende Grafik die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte. An der Verlaufskurve lässt sich ein mehr oder weniger kontinuierlicher Anstieg in der Zahl der beobachteten Konflikte ablesen. Die meisten dieser Konflikte sind Konflikte niedriger Intensität. Bei der Betrachtung der Konflikte hoher Intensität ist ein fortlaufender und meist regelmäßiger Anstieg erkennbar, der nur durch kleinere Deeskalationsphasen unterbrochen wird. Der bisherige Höhepunkt ist mit 49 hochgewaltsamen Konflikten im Jahr 1992 erreicht worden, kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Nach einem spektakulären Rückgang auf nur 30 im Jahr 2005 steigt die Zahl der hochgewaltsamen Konflikte 2006 wieder auf 36, sinkt 2007 auf 32, um schließlich 2008 wieder auf 39 anzusteigen – die höchste Anzahl seit 2004. Die Zahl der Krisen ist in den vergangenen Jahren in zuvor unbekannte Höhen gestiegen, bis auf ein Maximum von 113 im Jahr 2005. Jedoch hat sich dieser Trend im Jahr 2006 umgekehrt, die Zahl der Krisen nimmt nun im dritten Jahr langsam ab. Dennoch bleibt

sie auf einem sehr hohen Niveau.

Analyse innerstaatlich - zwischenstaatlich

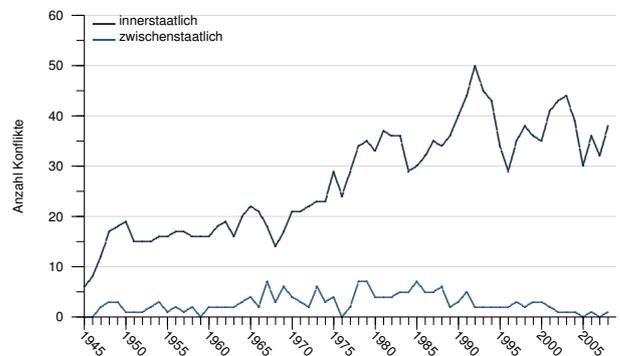
Mit 254 innerstaatlichen und 91 zwischenstaatlichen Konflikten sind im Jahr 2008, wie auch schon in den Vorjahren, mehr als zwei Drittel der beobachteten Konflikte innerstaatliche Auseinandersetzungen. Da nur acht der 91 zwischenstaatlichen Konflikte mit dem Einsatz von Gewalt ausgetragen werden, machen innerstaatliche Konflikte die große Mehrheit der gewaltsamen und insbesondere der hochgewaltsamen Konflikte aus.

Anzahl an inner- und zwischenstaatlichen Konflikten 2008 nach Intensitätslevel



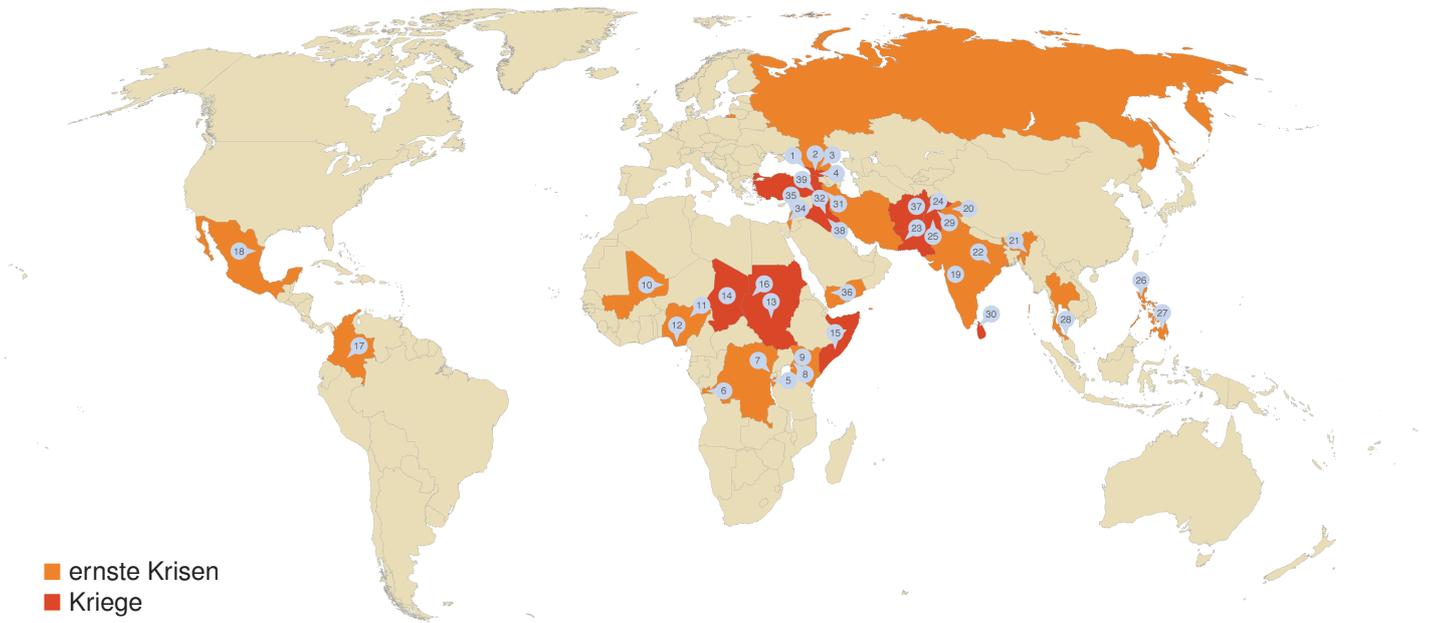
Während 88 der 95 Krisen innerstaatliche Konflikte sind, werden sieben zwischenstaatliche Krisen beobachtet: Armenien – Aserbaidschan, Eritrea – Dschibuti, Israel – Libanon, Pakistan – Indien, Thailand – Kambodscha (Grenzverlauf) und Tschad – Sudan. Davon sind zwei, namentlich Armenien – Aserbaidschan und Tschad – Sudan, schon 2006 und 2007 als Krisen eingestuft worden, während Israel – Libanon 2007 als Krise und 2006 als ernste Krise klassifiziert worden ist.

Inner- und zwischenstaatliche Konflikte hoher Intensität von 1945 bis 2008



Acht der neun Kriege sowie alle 30 ernstesten Krisen des Jahres 2008 werden innerhalb eines Staates ausgetragen. Nur einer der hochgewaltsamen Konflikte, der kurze Krieg zwischen Russland und Georgien, wird zwischen zwei Staaten geführt und stellt damit den ersten

Weltkarte: Konflikte hoher Intensität 2008



- ernste Krisen
- Kriege

Die Länder mit Konflikten sind hier mit ihrer jeweils höchsten Intensität eingefärbt.

Legende

Name und Konfliktgegenstände

Europa - Ernste Krisen

- 1 Georgien (Abchasien) - Sezession
- 2 Georgien (Südossetien) - Sezession
- 3 Russland (islamistische Rebellen/Inguschetien) - Sezession, System/Ideologie

Europa - Kriege

- 4 Russland - Georgien - Internationale Macht

Sub-Sahara Afrika - Ernste Krisen

- 5 Burundi (Palipehutu-FNL Rwaswa) - Nationale Macht
- 6 DR Kongo (Bundu dia Kongo) - Autonomie, System/Ideologie
- 7 DR Kongo (CNDP) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen, Andere
- 8 Kenia (Opposition) - Nationale Macht
- 9 Kenia (SLDF) - Regionale Vorherrschaft
- 10 Mali (Tuareg/Kidal) - Autonomie, Ressourcen
- 11 Nigeria (Christen - Muslime) - System/Ideologie
- 12 Nigeria (MEND, Ijaw/Niger Delta) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen
- 13 Sudan (SPLM/A / Südsudan) - Territorium, Sezession, Ressourcen

Sub-Sahara Afrika - Kriege

- 14 Tschad (verschiedene Rebellengruppen) - Nationale Macht
- 15 Somalia (UIC) - System/Ideologie, Nationale Macht
- 16 Sudan (Darfur) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen

Die Amerikas - Ernste Krisen

- 17 Kolumbien (FARC) - System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen
- 18 Mexiko (Drogenkartelle) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen

Asien und Ozeanien - Ernste Krisen

- 19 Indien (Islamisten) - System/Ideologie
- 20 Indien (Kaschmir) - Sezession
- 21 Indien (MPLF, ZRA, KCP/Manipur) - Sezession
- 22 Indien (Naxaliten) - System/Ideologie
- 23 Pakistan (BLA, BRA, BLF/Belutchestan) - Sezession, Ressourcen
- 24 Pakistan (Nord- und Südwestwaziristan) - Autonomie, System/Ideologie
- 25 Pakistan (Sunniten - Schiiten) - System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft
- 26 Philippinen (CPP, NPA) - System/Ideologie
- 27 Philippinen (MILF/Mindanao) - Autonomie, System/Ideologie, Ressourcen
- 28 Thailand (muslimische Separatisten/südliche Grenzprovinzen) - Sezession, System/Ideologie

Asien und Ozeanien - Kriege

- 29 Pakistan (Islamisten) - System/Ideologie, Nationale Macht
- 30 Sri Lanka (LTTE) - Sezession

Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb - Ernste Krisen

- 31 Iran (PJAK/Kurdengebiete) - Autonomie
- 32 Irak (al-Sarkawi-Gruppe/AQI) - System/Ideologie, Nationale Macht
- 33 Irak (Aufständische) - System/Ideologie, Nationale Macht
- 34 Israel (PNA, al-Fatah, Hamas/Palästina) - Sezession, System/Ideologie, Ressourcen
- 35 Libanon (Religionsgruppen) - System/Ideologie, Nationale Macht
- 36 Jemen (Bewegung Gläubiger Jugendlicher) - System/Ideologie

Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb - Kriege

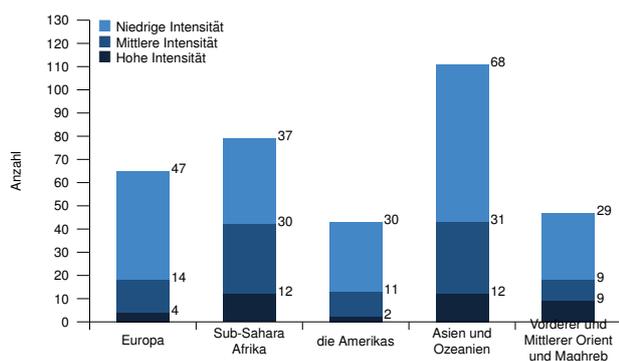
- 37 Afghanistan (Taliban) - System/Ideologie, Nationale Macht
- 38 Irak (al-Sadr-Gruppe) - System/Ideologie, Nationale Macht
- 39 Türkei (PKK/KONGRA-GEL / Kurdengebiete) - Autonomie

zwischenstaatlichen Krieg seit dem Krieg zwischen den USA und Irak 2003 dar. Die letzte ernste Krise zwischen Staaten ist 2006 zwischen Israel und Libanon ausgefochten worden, während 2007 keiner der hochgewaltsamen Konflikte zwischen Staaten ausgetragen worden ist. Die Langzeitanalyse, für die die beiden höchsten Intensitätsstufen, d.h. ernste Krise und Krieg, zusammengefasst wurden, zeigt, dass die seit Beginn des Untersuchungszeitraumes hochgewaltsame innerstaatliche Konflikte klar überwiegen.

Regionale Entwicklungen

Wie im Vorjahr wird fast ein Drittel aller Konflikte (111) in Asien und Ozeanien ausgetragen. Das subsaharische Afrika folgt mit 79 an zweiter Stelle, Europa mit 65 an dritter, der Vordere und Mittlere Orient mit 47 an vierter und die Amerikas mit 43 Konflikten an fünfter Stelle. Asien und Ozeanien ist dabei mit 68 von der größten Zahl nichtgewaltsamer Konflikte wie auch von den meisten Krisen (31) betroffen. Bezüglich der Krisen folgt Afrika mit 30 an zweiter Stelle. Hinsichtlich hochgewaltsamer Konflikte stehen diese beiden Regionen gemeinsam an erster Stelle, da beide von zwölf Konflikten hoher Intensität betroffen sind. Während jedoch nur zwei der hochgewaltsamen Konflikte Asiens und Ozeaniens als Kriege eingestuft werden, werden im subsaharischen Afrika drei Kriege ausgefochten. An dritter Stelle folgt der Vordere und Mittlere Orient mit neun hochgewaltsamen Konflikten, darunter drei Kriege. Ein Krieg und drei erste Krisen Konflikte werden in Europa beobachtet, zwei ernste Krisen in den Amerikas.

Verteilung aller Konflikte 2008 nach Region und Intensitätstyp



Diese Rangfolge zeigt einen bemerkenswerten Wandel vom Jahr 2007 zum Jahr 2008 an: Einerseits nimmt die Zahl hochgewaltsamer Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient sowie in den Amerikas leicht ab (von zehn auf neun bzw. von drei auf zwei). Andererseits aber steigt sie in Asien und Ozeanien von zehn auf zwölf und im subsaharischen Afrika von neun auf zwölf an. Die stärkste Eskalation ist in Europa zu beobachten, wo die Zahl der Konflikte hoher Intensität von null im Jahr 2007 auf vier im Jahr 2008 zunimmt. Während die letztjährige null einen historischen Tiefstand dargestellt hatte, der zum ersten Mal seit 1967 erreicht worden war, markieren die

vier hochgewaltsamen Konflikte in Europa im Jahr 2008 den höchsten Stand seit 1998. Einer dieser Konflikte, Russland (islamistische Rebellen/Inguschetien) ist in der Region des nördlichen Kaukasus angesiedelt, wo bis 2006 auch Europas einzige langanhaltende erste Krise der jüngsten Vergangenheit ausgetragen worden ist [→ Russland (islamistische Rebellen/Tschetschenien)]. Die anderen drei hochgewaltsamen Konflikte in Europa werden alle auf georgischem Territorium ausgetragen [→ Georgien (Abchasien); Georgien (Südossetien); Russland – Georgien].

Wenn die Anzahl der Konflikte in Relation zur Zahl der Staaten einer Region gesetzt wird, nimmt der Vordere und Mittlere Orient sowohl in Bezug auf Konflikte insgesamt wie auch hochgewaltsame Konflikte den ersten Rang ein. Asien und Ozeanien folgt hinsichtlich der Gesamtzahl der Konflikte an zweiter, bezüglich der Zahl hochgewaltsamer Konflikte an dritter Stelle. Afrika südlich der Sahara steht bei den Konflikten hoher Intensität an zweiter, bei der Gesamtzahl der Konflikte an dritter Stelle. Aus dieser Perspektive erscheint weder Asien und Ozeanien noch Afrika als die konfliktreichste oder am meisten von massiver Gewalt betroffene Region, sondern der Vordere und Mittlere Orient. In beiderlei Hinsicht waren Europa und die Amerikas die friedlichsten Regionen der Welt.

Dynamiken innerhalb einzelner Konflikte

Wie in den Vorjahren verbleiben von 2007 auf 2008 ungefähr zwei Drittel aller Konflikte, d.h. 227 von 345, auf derselben Intensitätsstufe. Insgesamt deeskalieren 65 Konflikte, alle bis auf einen um nur eine Stufe. Zwei davon deeskalieren von Kriegen zu ernsten Krisen [→ Irak (Aufständische); Pakistan (Nord- und Südwasiristan)], zehn von ernsten Krisen zu Krisen, beispielsweise Myanmar (Opposition) und Libanon (Fatah al-Islam). In diesen Fällen nimmt die Gewalt lediglich graduell ab. In weiteren 32 Fällen jedoch werden die gewaltsamen Handlungen wenigstens für den Beobachtungszeitraum eingestellt. Beispielsweise deeskaliert die Krise zwischen Opposition und Regierung in Chile um zwei Stufen zu einem latenten Konflikt, und 31 Krisen, z. B. Georgien (Opposition) und Syrien – Israel, beruhigen sich zu manifesten Konflikten. Die verbleibenden 20 Konflikte, die deeskalieren, entwickeln sich alle von manifesten zu latenten Konflikten. Im Gegensatz zu den 65 deeskalierenden Konflikten eskalieren 47. Bis auf nur acht Fälle überschreiten alle diese Konflikte die Schwelle zur Gewalt oder es intensiviert sich der Gewalteintritt. Ein Konflikt, die Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien, eskaliert um drei Stufen von einem manifesten Konflikt zu einem Krieg. Zusätzlich eskalieren acht Konflikte um zwei Stufen: Zwei von nichtgewaltsamen, manifesten Konflikten zu ernsten Krisen, namentlich Kenia (Opposition) und Nigeria (Christen – Muslime). Sechs Konflikte eskalieren von der niedrigsten Intensitätsstufe zu Krisen, und zwar drei innerstaatliche, namentlich Kolumbien (verschiedene indigene Gruppen), Algerien (Berber/Kabylei) und Jemen (Islamischer Dschihad), sowie drei zwischenstaatliche Konflikte: Eri-

trea – Dschibuti, Thailand – Kambodscha (Grenzverlauf) und USA – Pakistan. Zudem bleiben nur acht der 38 Konflikte, die um nur eine Stufe eskalieren, gewaltlos, entwickeln sich also von latenten zu manifesten Konflikten.

Intensitätsänderung	Anzahl
Eskalation um vier Stufen	0
Eskalation um drei Stufen	1
Eskalation um zwei Stufen	8
Eskalation um eine Stufe	38
keine Änderung	227
Deeskalation um eine Stufe	64
Deeskalation um zwei Stufen	1
Deeskalation um drei Stufen	0
Deeskalation um vier Stufen	0

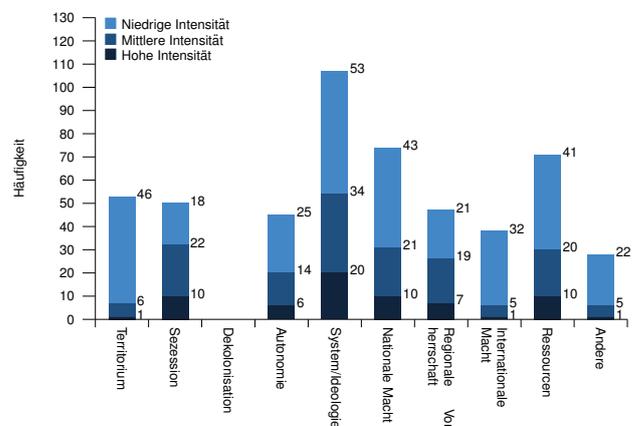
Dagegen überschreiten die verbleibenden 30 Fälle entweder die Schwelle zur Gewalt, oder aber es intensiviert sich die eingesetzte Gewalt. So eskalieren vier ernste Krisen zu Kriegen: Irak (al-Sadr-Gruppe), Türkei (PKK/KONGRA-GEL/Kurdengebiete), Pakistan (Islamisten) und Tschad (verschiedene Rebellengruppen). Vierzehn Konflikte intensivieren sich von Krisen zu ernstesten Krisen und zwölf eskalieren von gewaltlosen, manifesten Konflikten zu Krisen. Unter den letzteren befinden sich die Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung in Armenien, Burundi, Nepal und Thailand sowie der Grenzkonflikt zwischen Indien und Pakistan.

Konfliktgegenstände

Wie in den Vorjahren ist auch 2008 mit 107 Fällen System/Ideologie der häufigste Konfliktgegenstand. Dieser Gegenstand bedeutet, daß die betreffenden Auseinandersetzungen sich um Veränderungen des politischen oder wirtschaftlichen Systems drehen oder ideologische Differenzen betreffen, wie etwa das Anstreben einer Theokratie statt eines sekularen Staates, religiöse Unterschiede, Demokratisierungsbestrebungen in Autokratien oder der Wunsch nach einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Der zweithäufigste Konfliktgegenstand ist mit 74 Fällen Nationale Macht, gefolgt von Ressourcen mit 71 Fällen. Dabei gilt es zu beachten, daß Konflikte sich häufig um mehr als einen Gegenstand drehen, weshalb ein und derselbe Konflikt in dieser Statistik mehrmals auftauchen kann. Oft treten die drei häufigsten Gegenstände auch gemeinsam auf, ebenso sind die Kombination von Territorium und Ressourcen, Regionaler Vorherrschaft und Ressourcen oder Internationaler Macht und System/Ideologie verbreitet. Während Konflikte um Territorium wie auch um Internationale Macht zumeist ohne den Einsatz von Gewalt geführt werden (46 von 53 bzw. 32 von 38 Fälle), wird in Konflikten um Nationale Macht, Regionale Vorherrschaft, Sezession oder Autonomie, Ressourcen und System/Ideologie in ungefähr der Hälfte der beobachteten Fälle Gewalt eingesetzt. Ungefähr ein Fünftel (20)

der Konflikte um System/Ideologie werden sogar als hochgewaltsam klassifiziert, sodass dieser Gegenstand der wichtigste in hochgewaltsamen Konflikten ist: Mit 20 Fällen werden mehr als die Hälfte der 39 hochgewaltsamen Konflikte über Differenzen in Fragen von System oder Ideologie ausgetragen, sei es allein oder in Kombination mit anderen Gegenständen. Die zweitwichtigsten Gegenstände in Konflikten hoher Intensität sind Nationale Macht, Ressourcen und Sezession mit je zehn Fällen. Hinsichtlich der Häufigkeit der Konfliktgegenstände bestehen zwischen den verschiedenen Regionen der Welt bemerkenswerte Differenzen, die auf unterschiedliche regionale Konfliktmuster hindeuten. So ist System/Ideologie, insgesamt der häufigste Konfliktgegenstand, in Asien und Ozeanien vorherrschend (38 Fälle, d.h. ein Drittel der Konflikte), ebenso im Vorderen und Mittleren Orient (27 Fälle, also mehr als die Hälfte) und den Amerikas (24 Fälle, wiederum mehr als die Hälfte der Konflikte). Im Gegensatz dazu ist dieser Konfliktgegenstand in Europa von untergeordneter Bedeutung (12 Fälle) und im subsaharischen Afrika fast unbekannt (sechs Fälle). Bemerkenswert ist dabei jedoch, dass sich die Gewaltanfälligkeit dieses Gegenstandes in allen Regionen zeigt – so werden fünf der sechs Systemkonflikte im subsaharischen Afrika gewaltsam ausgetragen, drei sogar unter massivem Gewalteininsatz.

Globale Häufigkeit der Konfliktgegenstände 2008 nach Intensitätsgruppen



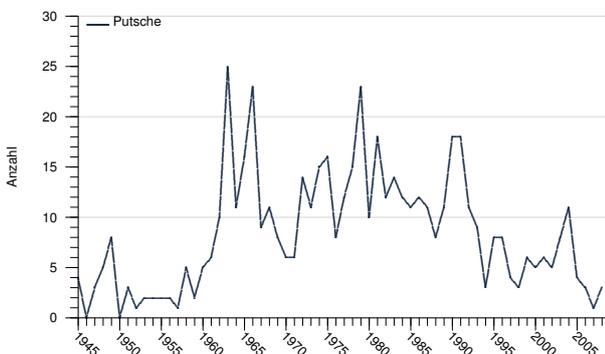
Der global betrachtet zweithäufigste Konfliktgegenstand, Nationale Macht, ist in Afrika südlich der Sahara bedeutsam (25 Fälle, d.h. fast ein Drittel der Konflikte), ebenso in Asien und Ozeanien (24 Fälle) und im Vorderen und Mittleren Orient (15 Fälle). Dagegen ist es in den Amerikas mit sechs und in Europa mit fünf Fällen vergleichsweise selten. Gleichermäßen ist der global dritthäufigste Streitgegenstand, Ressourcen, im subsaharischen Afrika, wo viele Konflikte durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch Rebellen angeheizt werden, mit 29 Fällen sehr oft anzutreffen, ebenso in den Amerikas mit 20 Fällen, aber sehr selten in Europa mit sechs Fällen, Asien und Ozeanien mit elf und dem Vorderen und Mittleren Orient mit fünf Fällen. Ein weiterer bemerkenswerter Unterschied besteht darin, dass Konflikte über Regionale Vorherrschaft, ein

sehr gewaltanfälliger Gegenstand, hauptsächlich in Afrika südlich der Sahara (18 Fälle) sowie in Asien und Ozeanien (22 Fälle) ausgefochten werden, während dieser Konfliktgegenstand in Europa unbekannt ist (kein Fall) und im Vorderen und Mittleren Orient sehr selten (ein Fall). In den Amerikas ist es mit sechs Fällen nicht sehr häufig, jedoch bedeutsam, da es in beiden hochgewaltsamen Konflikten dieser Region auftritt. Konflikte über Selbstbestimmung, d.h. über Autonomie oder Sezession, sind in Europa vorherrschend (14 bzw. 20 Fälle) und in Asien und Ozeanien recht häufig (15 bzw. 18 Fälle), aber weniger häufig in Afrika südlich der Sahara (jeweils neun Fälle) und in den Amerikas mit drei bzw. einem Fall sowie im Vorderen und Mittleren Orient mit vier bzw. zwei Fällen recht selten.

Putsche

Während 2007 nur ein Putsch, auf den Philippinen, versucht worden – und gescheitert – ist, werden 2008 drei versuchte oder erfolgreiche Staatsstriebe beobachtet. In Mauretanien putscht das Militär gegen Präsident Mohamed Abdallahi, den ersten demokratisch gewählten Führer des Landes. Abdallahi hatte das Amt des Präsidenten nach den ersten Wahlen im Anschluß an den Militärputsch gegen den damaligen Präsidenten Maaouiy Ould Taya im Jahr 2005 übernommen [→ Mauretanien (Putschisten)].

Putsche und Putschversuche von 1945 bis 2008



In Guinea-Bissau schlagen zwei Putschversuche gegen die Regierung des Präsidenten João Bernardo Viera fehl. Am 6. August geben die Behörden bekannt, ein Komplott einer Gruppe von Offizieren unter der Führung von Admiral José Américo Bubo Na Tchute, Oberbefehlshaber der Marine, aufgedeckt zu haben. Bei einem weiterem Putschversuch in Guinea-Bissau eröffnet eine Gruppe von Soldaten frühmorgens am 23. November das Feuer auf Viera's Residenz. Im folgenden stundenlangen Feuergefecht zwischen der Präsidentengarde Vieras und den Angreifern, darunter einige Mitglieder der Präsidentengarde, wird eine Person getötet und mehrere weitere verletzt. Am selben Tag verlegt Guinea-Bissaus Nachbar und enger Verbündeter Senegal Truppenverstärkungen an die Grenze und bietet für den Fall, dass es nötig sein sollte, Viera und seine Familie auszu-

fliegen, ein Flugzeug an. Die UN, die EU sowie die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) verurteilen den versuchten Staatsstreich. Sergeant N'Tacha Yala, ein Neffe des Oppositionsführers Kumba Yala von der Partei für Soziale Erneuerung, wird am 24. November als mutmaßlicher Führer der angreifenden Soldaten von den Behörden festgenommen.

Desweiteren gibt die türkische Regierung unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan von der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) bekannt, einen geplanten Staatsstreich seitens eines Netzwerks nationalistischer Hardliner und Säkularer namens Ergenekon aufgedeckt zu haben. Die Ermittlungsbehörden verdächtigen die Gruppe der Planung von Terroranschlägen als Mittel zur Provokation einer Machtübernahme durch die Armee in der Türkei, die zwischen 1960 und 1980 drei erfolgreiche Militärputsche erlebt hat. Zum Zeitpunkt der Aufdeckung des angeblichen Putschplanes hatte eine Anklage gegen die AKP vor dem Verfassungsgericht wegen anti-säkularer Aktivitäten zu wachsenden Spannungen in der Türkei geführt. Am 14. Juli werden 86 Personen, darunter führende Figuren aus Armee, Wirtschaft und der säkularen Presse, unter anderem wegen der Bildung einer bewaffneten terroristischen Vereinigung und der Planung eines gewaltsamen Putschversuchs angeklagt.

Terrorismus

Terrorismus bleibt auch im Jahr 2008 ein wichtiges Mittel des Konfliktaustrags. Die überwältigende Mehrheit der Terroranschläge des Jahres kann entsprechend der Methodologie des HIIK bestimmten Konflikten zugerechnet werden. Hier können verschiedene Muster des Terrorismus unterschieden werden: Auf der einen Seite werden terroristische Mittel von lokalen Akteuren eingesetzt, um weltliche Ziele wie Selbstbestimmung oder Nationale Macht zu verfolgen. Dies ist 2008 etwa in Spanien der Fall, wo die ETA versucht, die Spanische Regierung dazu zu zwingen, dem Baskenland die Unabhängigkeit zu verleihen [→ Spanien (ETA/Baskenland)], in Nordirland [→ Vereinigtes Königreich (IRA und andere/Nordirland)] oder auf der französischen Insel Korsika, auf der Separatisten Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude sowie auf Ferienhäuser von Nicht-Korsen verüben [→ Frankreich (FLNC/Korsika)]. In diesen Konflikten ist das Ausmaß sowohl der eingesetzten Mittel als auch der hervorgerufenen Zerstörung relativ gering. In anderen Teilen der Welt dagegen, etwa in Mexiko [→ Mexiko (Drogenkartelle)] und Sri Lanka [→ Sri Lanka (LTTE)] richten säkulare Terrorgruppen großen Schaden an.

Auf der anderen Seite verüben das transnationale Terrornetzwerk al-Qaida und die mit ihm verbundenen Gruppen zahlreiche Anschläge unterschiedlichen Ausmaßes, die von fundamentalistischem religiösem Glauben motiviert sind, hunderte Tote fordern und großen Schaden anrichten. Einer der schwerwiegenden Einzelanschläge ist der koordinierte Angriff auf mehrere Hotels, einen Bahnhof und weitere öffentliche Plätze in der indischen Stadt Mumbai, bei dem fast 200 Menschen sterben. Die Angreifer scheinen von Pakistan gekom-

men zu sein, wo islamistische Aufständische mit Verbindungen zu al-Qaida Krieg gegen die Regierung führen und dabei oft terroristische Taktiken wie etwa Selbstmordanschläge einsetzen. Pakistan ist der Hauptrückzugsraum für Taliban aus Afghanistan und deren Unterstützer sowie islamistische Aufständische aus Usbekistan. Pakistans nordwestliche Stammesgebiete sind das Siedlungsgebiet einheimischer Milizen, die die Taliban unterstützen; einige davon beginnen nun, sich dem wachsenden Einfluss der Taliban entgegenzustellen. Pakistanische Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen [→ Pakistan (Islamisten); Pakistan (Nord- und Südwaziristan)] werden weiterhin mit hohem Gewalteininsatz geführt. Die Kämpfe zwingen mehr als 300.000 Menschen zur Flucht. US-amerikanische Streitkräfte betreten bei dem Versuch, Stellungen der Taliban anzugreifen, mehrfach pakistanisches Hoheitsgebiet [→ Afghanistan (Taliban)]. Im Verlauf einer dieser Operationen ereignet sich ein gewaltsamer Zusammenstoß zwischen US-amerikanischen und pakistanischen Truppen [→ Pakistan – USA].

In Afghanistan nehmen terroristische Angriffe der Taliban sowohl auf Regierungstruppen und internationale Streitkräfte wie auch auf Zivilisten zu. Irak ist nach wie vor das Land im Vorderen und Mittleren Orient, in dem die Bevölkerung unter der höchsten Zahl von Terrorangriffen durch verschiedene Gruppen von Aufständischen, darunter al-Qaida Irak (AQI), zu leiden hat. Außer in Afghanistan und im Irak ist al-Qaida unter dem Namen al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) in Algerien aktiv. Während es partiell gelingt, die AQIM und AQI einzudämmen und diese im Irak und in Algerien an Stärke verlieren, breitet sich die AQIM in andere Maghreb-Staaten wie Mauretanien aus. Zudem verüben militante Gruppierungen mit Verbindungen zu al-Qaida Terroranschläge in weiteren Ländern, beispielsweise Fatah al-Islam im Libanon und Syrien sowie der Islamische Dschihad und die Jemenitische Soldaten-Brigade im Jemen.

Islamistischer Terrorismus ist jedoch nicht auf Asien und Ozeanien sowie den Vorderen und Mittleren Orient beschränkt, sondern auch weiterhin Bestandteil des Sezessionskonflikte in den russischen Nordkaukasus-Republiken [→ Russland (Islamistische Rebellen/Tschetschenien) und weitere], wo die Rebellen in ihrem Streben nach der Errichtung eines unabhängigen kaukasischen Emirats auf der Grundlage islamischen Rechts zunehmend auf terroristische Mittel zurückgreifen. Von diesen Konflikten ist in diesem Jahr derjenige in Inguschetien der gewaltsamste.

Im Gegensatz dazu wie auch zu den letzten Jahren bleibt Westeuropa im Jahr 2008 von islamistischen Terrorangriffen verschont. Dennoch bleibt die Lage angespannt. Im Februar äußern das deutsche Innenministerium und Bundeskriminalamt (BKA) den Verdacht, al-Qaida plane weitere Terrorangriffe in Deutschland. Die deutsche Bundespolizei verhaftet am 29. September am Kölner Flughafen zwei mutmaßliche Terroristen an Bord eines niederländischen Flugzeugs. Die beiden Verdächtigen werden später mangels Beweisen freigelassen. Am 9. Dezember wird ein libanesischer

Staatsangehöriger wegen der Planung von Bombenanschlägen auf deutsche Personenzüge im Juli 2006 zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

In Großbritannien werden in einer Serie von frühmorgendlichen Hausdurchsuchungen in Birmingham gemäß der Anti-Terror-Gesetzgebung fünf Männer festgenommen. Ein im November veröffentlichter Geheimdienstbericht kommt zu dem Ergebnis, das Vereinigte Königreich bleibe in absehbarer Zukunft ein Ziel hoher Priorität für al-Qaida. In Dänemark werden zwei Männer für die Vorbereitung eines Terroranschlags zu sieben bzw. zwölf Jahren Haft verurteilt. In Spanien wird elf muslimischen Männer vorgeworfen, ein Sprengstoffattentat auf einen Teil des U-Bahn-Netzes der Stadt Barcelona zu planen. Weitere acht Menschen werden in Spanien aufgrund des Verdachts, islamistischen Extremisten geholfen zu haben, in Gewahrsam gehalten.

Die einzigen Terrorangriffe des Jahres 2008, die gemäß der Methodik des HIIK keinem bestimmten Konflikt zugeordnet werden können, sind mehrere Bombenanschläge in der somalischen autonomen Region Puntland und der sezessionistischen somalischen Region Somaliland: Die Explosion einer Bombe tötet am 5. Februar 20 bis 100 Menschen, vor allem äthiopische Migranten, in der Küstenstadt Bosaso, Puntland. Am 9. April wird ein Bombenanschlag auf das Parlament Somalilands verübt. Im schwerwiegendsten Vorfall explodieren am 26. Oktober zeitgleich fünf Bomben in Somaliland und Puntland. In Hargeisa, der Hauptstadt Somalilands, greifen Selbstmordattentäter in mit Sprengstoff beladenen Autos das Gelände des Entwicklungsprogramms der UN, den Präsidentenpalast und die äthiopische Botschaft an, wobei mindestens 25 Menschen ums Leben kommen. In Bosaso, der größten Stadt Puntlands, werden bei ähnlichen Anschlägen auf die Geheimdienstzentrale mindestens drei Personen getötet. Niemand übernimmt die Verantwortung für die Anschläge. Die USA machen al-Qaida verantwortlich, während Somaliland am 27. November die islamistischen Shabab-Milizen aus Südsomalia beschuldigt, die Anschläge ausgeführt zu haben [→ Somalia (UIC)].

Maßnahmen der Konfliktbearbeitung

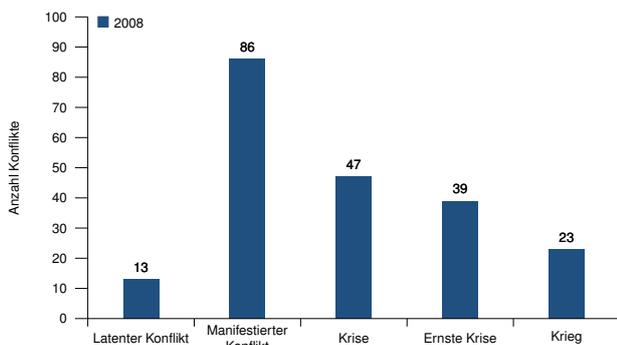
Verhandlungen und Abkommen

In mindestens 77 der gegenwärtigen 345 Konflikte halten die Konfliktparteien – oder wenigstens einige der Konfliktparteien – Gespräche, Verhandlungen oder Konferenzen ab.

Insgesamt beläuft sich die Zahl der Gespräche in diesen Konflikten auf mindestens 208. Davon werden mindestens 62 in hochgewaltsamen und mindestens 57 in Konflikten mittlerer Intensität geführt, sowie mindestens 89 in nichtgewaltsamen Auseinandersetzungen. In Bolivien halten Regierung und Opposition mindestens 20 Treffen ab und schließen schließlich am 20. Oktober ein Abkommen, das ein Verfassungsreferendum am 25. Januar 2009 sowie Wahlen im Dezember 2009 vorsieht

[→ Bolivien (Opposition)]. Jeweils mindestens zehn Verhandlungsrunden werden in den Konflikten Kolumbien – Ecuador, Griechenland – Mazedonien und Moldau (Transnistrien) geführt, enden jedoch ergebnislos. Insgesamt enden die Verhandlungen in ungefähr der Hälfte der 77 Konflikte, in denen Gespräche geführt werden, ohne dass ein Abkommen erzielt wird.

Anzahl von Verhandlungen 2008 nach Intensität



Die Konfliktparteien unterzeichnen 52 Verträge in insgesamt 37 Konflikten, davon zwölf im subsaharischen Afrika, elf in Europa, acht in Asien und Ozeanien und sechs im Vorderen und Mittleren Orient. In hochgewaltvollen Konflikten schließen die Konfliktparteien 22 Abkommen miteinander, darunter elf Waffenstillstandsverträge. Zehn Übereinkünfte werden in Konflikten mittlerer Intensität und 20 in Konflikten niedriger Intensität erzielt. In den neun Kriegen führen die Konfliktparteien in drei Fällen keinerlei Verhandlungen [→ Sudan (Darfur); Sri Lanka (LTTE); Türkei (PKK/KONGRA-GEL / Kurdengebiete)]; in zwei Fällen werden zwar Gespräche geführt, enden aber ergebnislos [→ Chad (verschiedene Rebellengruppen); Afghanistan (Taliban)]. Im Krieg zwischen islamistischen Aufständischen und der Föderalen Übergangsregierung (TFG) in Somalia schließen verschiedene Konfliktparteien mehrere Abkommen miteinander [→ Somalia (UIC)]. Im Mai beginnen in Dschibuti Friedensgespräche zwischen der Allianz für die Wiederbefreiung Somalias (ARS), einer oppositionellen Vereinigung von Islamisten und anderen Mitgliedern der Opposition, mit Sitz in Eritrea. Nach von der UN vermittelten Gesprächen vom 31. Mai bis 9. Juni unterzeichnen ARS und TFG einen Friedensvertrag. Allerdings wird der Friedensschluss sofort von einer Hardliner-Fraktion der ARS abgelehnt, was zu einer Spaltung in der ARS führt. Neuerliche Waffenstillstandsabkommen und Verträge, die die geschlossenen Abkommen bekräftigen, werden am 18. August, 26. Oktober und 26. November geschlossen, wobei das letztgenannte zusätzlich Vorschläge bezüglich einer Machtteilung beinhaltet. Jedoch gehören weder der Präsident der TFG, Abdullahi Yusuf, noch die militante islamistische al-Shabab-Gruppe und die Hardliner-Fraktion der ARS zu den Unterzeichnern des Abkommens.

Im pakistanischen Swat-Tal in der Nordwestprovinz führen Friedensgespräche zwischen dem militanten Taliban-Unterstützer Maulana Fazullah und der pakis-

tanischen Regierung zu einem Waffenstillstand und einer nur vorübergehenden Deeskalation [→ Pakistan (Islamisten)]. Von November an werden 2.000 Menschen in den heftigen Kämpfen getötet. Im Irak beendet am 10. Mai ein Waffenstillstand zwischen der al-Sadr-Gruppe und der Regierung Kämpfe, die insgesamt bis zu 1.000 Menschenleben gefordert und mindestens 2.500 weitere Menschen verletzt haben [→ Irak (al-Sadr-Gruppe)]. Auch im Konflikt zwischen Russland und Georgien finden Verhandlungen unter internationaler Vermittlung statt [→ Russland – Georgien].

Internationale Organisationen

Die Vereinten Nationen (UN) unterhalten 20 Missionen. Davon werden 17 von der UN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (DPKO) durchgeführt, die verbleibenden drei sind politische Missionen der UN-Hauptabteilung Politische Angelegenheiten oder vom DPKO unterstützt. Unter den letzteren befinden sich die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) mit einer Stärke von 253 zivilen Angestellten internationaler Herkunft, 1.127 einheimischen zivilen Angestellten sowie 15 militärischen Beobachtern, zwei Polizisten und 40 Freiwilligen der UN; das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNIOSIL) mit 55 Zivilangestellten internationaler Herkunft, 156 einheimischen Zivilangestellten, fünf Militärbeobachtern, zwei Polizisten und 18 UN-Freiwilligen, sowie das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (BINUB) mit 117 Zivilangestellten internationaler und 229 Zivilangestellten lokaler Herkunft, acht Militärbeobachtern, neun Polizisten und 47 Freiwilligen der UN. UNIOSIL wird von UNIPSIL abgelöst. Insgesamt beträgt die Personalstärke der Friedenssicherungseinsätze im Oktober 90.243 Mann, darunter 12.125 Polizisten, 75.512 Soldaten und 2606 Beobachter, nachdem sie im Januar ein Hoch von 90.883 Mann erreicht hatte – die höchste Zahl zwischen 1995 und 2008. Im Januar 2005 hatte die Personalstärke der UN-Friedenssicherungseinsätze 60.050 Mann betragen; im Juni 1999 war ein Tiefpunkt von 12.084 Mann erreicht gewesen.

Erneut stellen Pakistan mit 10.637 Mann (Stand: Oktober 2008), Bangladesch mit 9.619 und Indien mit 8.834 Mann die größten Kontingente von Soldaten und Polizeikräften bei UN-Operationen; gemeinsam bieten sie damit ein Drittel der UN-Blauhelme auf. Somit setzt sich der Trend, dass die Länder der Südhalbkugel den größten Teil der Last der Friedenssicherungseinsätze tragen, fort. Dies trifft insbesondere bei UN-Missionen in Afrika zu. Daraus resultiert eine neue Spaltung in diejenigen, die die Friedenssicherung durchführen bzw. bei denen der Frieden gewahrt wird auf der einen Seite, und diejenigen, die die Operationen finanzieren und kontrollieren, auf der anderen. Deutschland trägt im Januar ein Maximum von 758 Mann zu acht Missionen (UNAMA, UNIFIL, UNMEE, UNMIK, UNMIL, UNMIS, UNOMIG) bei, davon allein 544 zu UNIFIL. Im Oktober ist diese Zahl auf 410 Mann in sieben Missionen (dieselben bis auf UNMEE) gesunken.

Bis zum 31. Oktober beläuft sich die Anzahl der 2008 zu Tode gekommenen Mitarbeiter von UN-Missionen auf 109, verglichen mit 90 im Jahr 2007. Zwischen 1948 und 2008 sind insgesamt 2.435 Menschen während ihres Einsatzes in einer UN-Mission ums Leben gekommen, 128 davon aus Indien, 114 aus Kanada, jeweils 99 aus Pakistan und dem Vereinigten Königreich, 98 aus Frankreich, 94 aus Nigeria und 92 aus Bangladesch. Die zehn Länder, die den größten finanziellen Beitrag zu den UN-Friedenssicherungseinsätzen leisten, sind die USA, Japan, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Italien, China, Kanada, Spanien und die Republik Korea (Stand: Januar 2008). Die Vollversammlung der Vereinten Nationen bestimmt die Beiträge anhand einer Skala, die den relativen wirtschaftlichen Wohlstand der Mitgliedsstaaten berücksichtigt, wobei die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats entsprechend ihrer besonderen Verantwortung einen höheren Anteil übernehmen müssen. Zusätzlich stellen viele Länder freiwillig weitere Ressourcen, die nicht rückerstattet werden, in Form von Transport, Versorgungsleistungen, Personal und finanziellen Beiträgen, über ihren festgelegten anteiligen Beitrag an den Friedenssicherungskosten hinaus bereit.

Außer UNIPSIL wird keine neue Mission entsendet. Allerdings beginnt die komplexe Hybride Mission der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID), die am 31. Juli 2007 vom UN-Sicherheitsrat bewilligt worden ist, am 31. Dezember 2007 formal ihre Tätigkeit [→ Sudan (Darfur)]. Im September 2008 hat UNAMID ihre genehmigte Stärke von bis zu 9.555 Soldaten und 6.432 Polizisten noch nicht erreicht, sondern zählt lediglich insgesamt 10.461 Uniformierte, darunter 8.287 Soldaten. Die Zahl der Todesopfer unter den Missionsangehörigen beläuft sich auf zwölf Soldaten, vier Polizisten und einen einheimischen Zivilangestellten. In UNAMID drückt sich das Ziel der UN, zunehmend strategische Partnerschaften mit multilateralen und regionalen Organisationen einzugehen, aus.

Eine Mission, die Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea (UNMEE), endet im Juli, obwohl die Spannungen zwischen den beiden Ländern über der Frage der Grenzdemarkation 2007 bis hin zur Gefahr eines erneuten Militärgangs gestiegen sind [→ Äthiopien – Eritrea]. UNMEE war acht Jahre zuvor, im Juli 2000, eingerichtet worden, um die Verbindung zu den Parteien aufrechtzuerhalten und einen Mechanismus zur Überwachung des Waffenstillstandes zu etablieren, den Äthiopien und Eritrea nach von Algerien und der Organisation der Afrikanischen Einheit vermittelten Annäherungsgesprächen unterzeichnet hatten. Seit September 2000 war UNMEE autorisiert gewesen, das Ende der Feindseligkeiten zu überwachen und zur Sicherstellung der Befolgung der eingegangenen Sicherheitsverpflichtungen beizutragen.

Wie bereits in den Vorjahren stellt Afrika südlich der Sahara die Region dar, in der mit neun Missionen (einschließlich UNMEE) die meisten UN-Missionen tätig sind: die beiden politischen Missionen BINUB in Burundi und UNIOSIL in Sierra Leone, MINURCAT in der Zentralafrikanischen Republik und Tschad, MONUC in der

DR Kongo, UNOCI in Côte d'Ivoire, UNMEE in Äthiopien und Eritrea, UNMIL in Liberia, UNMIS im Sudan und UN-AMID in der Darfur-Region des Sudan. Der Vordere und Mittlere Orient folgt mit fünf zeitgleichen UN-Missionen, namentlich der politischen Mission UNAMA in Afghanistan, UNTSO in Israel, UNDOF auf den Golanhöhen zwischen Israel und Syrien, UNIFIL im Libanon und MINURSO in der Westsahara (Marokko). Trotz der hohen Gesamtzahl der Konflikte und auch hochgewaltsamer Auseinandersetzungen in Asien und Ozeanien führt die UN dort nach wie vor nur zwei Friedenssicherungseinsätze durch (UNMOGIP in Indien und Pakistan sowie UNMIT in Osttimor). In Europa unterhält die UN mit UNFICYP in Zypern, UNOMIG in Abchasien (Georgien) und UNMIK in Kosovo (Serbien) eine Mission mehr als in Asien und Ozeanien. Wie in den vergangenen Jahren ist die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) die einzige UN-Mission in den Amerikas.

Insgesamt setzt die internationale Gemeinschaft weiterhin immer stärker auf robuste Mandate und entsendet Blauhelme auch in hochgewaltsame Konflikte. Allerdings setzt die UN zur Wahrung oder Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit auch Maßnahmen ein, die keine Entsendung militärischen Personals beinhalten. Zu derartigen Maßnahmen gehören Sanktionen. Im Jahr 2008 erhält die UN wie im Jahr 2007 elf Sanktionsregime aufrecht, 2006 waren es neun gewesen. Diese Sanktionen betreffen erstens sieben Staaten im subsaharischen Afrika (Côte d'Ivoire, DR Kongo, Liberia, Ruanda, Sierra Leone, Somalia und Sudan). Zweitens erhält die UN das 2006 verhängte Waffenembargo gegen die Volksrepublik Korea aufrecht sowie ein weiteres Waffenembargo und die Einfrierung der Konten gegen hochrangige Angehörige des ehemaligen Regimes im Irak und deren engste Familienangehörige. Drittens bleibt ein Reiseverbot wie auch eine Einfrierung der Konten gegen Individuen, die verdächtigt werden, an dem 2005 verübten tödlichen Terroranschlag gegen den libanesischen Premierminister Rafik Hariri, bei dem außer ihm auch 22 weitere Personen ums Leben gekommen sind, in Kraft; ebenso gegen al-Qaida, die Taliban und mit ihnen in Verbindung stehende Individuen und Vereinigungen.

Hinsichtlich der in Konflikten eingesetzten Waffen wird am 30. Mai in der irischen Hauptstadt Dublin ein internationaler Vertrag angenommen und am 3. Dezember zu Unterzeichnung freigegeben. Der Vertrag zur Ächtung von Streubomben verbietet den Einsatz, die Herstellung wie auch die Beschaffung von Streubomben und soll am ersten Tag des sechsten Monats nach der dreißigsten Ratifikation in Kraft treten. Der Oslo-Prozess, der zum Abschluss des Vertrags geführt hat, hatte im Februar 2007 in der norwegischen Hauptstadt begonnen; im Mai 2007 war ein Treffen in der peruanischen Hauptstadt Lima gefolgt. Die Prinzipien, die der Vertrag enthalten soll, werden am 22. Februar in dem abschließenden Vortreffen in Wellington (Neuseeland) dargelegt. Im November verabschiedet das Europäische Parlament eine Resolution, die alle Regierungen der EU aufruft, das Abkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren, da einige EU-Staaten noch nicht ihre Absicht hierzu verlautbart hatten. Finnland hatte erklärt, es werde nicht unter-

zeichnen. 92 Länder unterzeichnen den Vertrag, darunter alle EU-Länder bis auf Finnland, Polen, Rumänien, die Slowakei, Griechenland und Zypern. Zu den Nicht-unterzeichnern gehören auch die Hauptproduzenten von Streumunition, darunter die USA, Russland, China, Indien, Pakistan und Brasilien.

Streubomben bezeichnen einen Munitionstyp, der – aus der Luft abgeworfen oder am Boden eingesetzt – bei seiner Explosion eine große Anzahl von kleinerer Submunition über eine weite Fläche verteilt; nicht-explodierte Bomblets, die noch lange nach dem Ende eines Gewaltkonfliktes Zivilisten töten oder verstümmeln können, aufzufinden und zu entfernen ist sehr kostspielig. Die allgemeinen Regeln des humanitären Völkerrechts zum Schutz der Zivilbevölkerung gelten wie für alle Waffen auch für Streumunition. Dennoch sind Streubomben im ersten und zweiten Tschetschenien-Krieg (1995 bzw. 1999) von Russland eingesetzt worden, ebenso von US-amerikanischen und britischen Streitkräften in der Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 [→ Serbien (Kosovo)], von den USA in Afghanistan im Jahr 2001 [→ Afghanistan (Taliban)], von Israel wie von der Hisbollah 2006 im Libanon [→ Israel (Hisbollah)] sowie in Südossetien im August 2008 von Georgien [→ Georgien (Südossetien)] und, laut Human Rights Watch, auch von Russland [→ Russland – Georgien].

Außer der UN unterhalten auch verschiedene Regionalorganisationen im Jahr 2008 Missionen. So beschäftigt beispielsweise die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ca. 3.000 Mitarbeiter in insgesamt 18 Missionen zur Vereinfachung politischer Prozesse, Konfliktprävention oder -beilegung sowie zur Förderung der Zivilgesellschaft und der Rechtsstaatlichkeit. Darunter sind sieben Missionen auf dem Balkan, namentlich Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo, Skopje (Mazedonien) und Zagreb (Kroatien). Hinzu kommen eine Mission in Moldawien, eine in Georgien sowie eine Geschäftsstelle in Minsk (Belarus), Baku (Aserbaidschan), Jerewan (Armenien) und Tadschikistan, Projektkoordinatoren in der Ukraine und Usbekistan, OSZE-Zentren in Aschgabad (Kasachstan) und Bischkek (Kirgistan) sowie ein persönlicher Beauftragter des amtierenden OSZE-Vorsitzenden im Konflikt mit dem sich die Minsker Konferenz der OSZE befasst [→ Armenien – Aserbaidschan]. Im Zuge des Kriegs zwischen Russland und Georgien im August [→ Russland – Georgien], der eine schwere Herausforderung für das bis dato bestehende System der kooperativen Sicherheit in Europa darstellt, gibt das Treffen des OSZE-Ministerrats Ende des Jahres 2008 Diskussionen über die Rolle der OSZE neuen Antrieb. Die Minister einigen sich jedoch nicht auf eine gemeinsame politische Erklärung. Dennoch wird eine ministeriale Stellungnahme zum Berg-Karabach-Konflikt abgegeben [→ Armenien – Aserbaidschan].

Der Rat der Europäischen Union entsendet 2008 als Teil seiner Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) fünf neue Missionen – zwei nach Europa und drei ins subsaharische Afrika -, zusätzlich zu den neun bereits bestehenden EU-Missionen. Am 16. Februar, unmittelbar vor der einseitigen Unabhängigkeitserklärung

des Kosovo, beschließt der Rat die Entsendung der Polizei- und Justizmission im Kosovo (EULEX) mit einem auf zwei Jahre ausgelegten Anfangsmandat [→ Serbien (Kosovo)]. EULEX stellt die bisher größte zivile Mission unter der ESVP dar und erreicht Anfang Dezember mit 1.300 internationalen und 500 einheimischen Mitarbeitern vorläufige Einsatzbereitschaft. Ihre volle Stärke von 1.900 internationalen und 1.100 einheimischen Mitarbeitern soll sie zum Ende des Winters 2009 erreichen. Nach der Eskalation der Konflikte in Georgien auf eine hochgewaltsame Stufe [→ Georgien (Abchasien); Georgien (Südossetien); Russland – Georgien)] beschließt der Rat am 15. September die Einrichtung der Europäischen Überwachungsmission (EUMM) in Georgien, um in Übereinstimmung mit dem von den Konfliktparteien im August unterzeichneten Sechs-Punkte-Abkommens zur Stabilisierung Georgiens und der umliegenden Region beizutragen. Die EUMM wird am 1. Oktober entsendet. Ungefähr 340 Mitarbeiter werden in das Hauptquartier in der georgischen Hauptstadt Tiflis sowie zusätzliche Außenstellen in den Städten Gori, Poti und Sugdidi entsandt, hinzu kommen ungefähr 200 Beobachter. Am 28. Januar beschließt die EU die EUFOR Tschad/ZAR, eine militärische Überbrückungsoperation im Osten des Tschad und Nordosten der Zentralafrikanischen Republik, die die Versorgung mit humanitärer Hilfe erleichtern und zum Schutz der Zivilbevölkerung wie des Personals, der Einrichtungen und Ausrüstung der UN beitragen soll [→ Zentralafrikanische Republik (verschiedene Rebellengruppen); Tschad (verschiedene Rebellengruppen)]. Die Mission erreicht ihre volle Einsatzfähigkeit am 15. September; am 30. November sind 3.400 Soldaten aus 25 europäischen Staaten im Einsatz. Am 12. Februar entscheidet der Rat, eine EU-Mission zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in der Republik Guinea-Bissau (EU SSR Guinea-Bissau) einzurichten. Der offizielle Beginn wird auf Juni festgelegt, mit einer Stärke von 21 internationalen und 18 einheimischen Mitarbeitern. Sie ist die erste vollständig im neu eingerichteten Hauptquartier für EU-Operationen zum zivilen Krisenmanagement, dem Zivilen Planungs- und Durchführungsstab (CPCC), geplante Mission. Am 23. November beschließt eine Gruppe von Soldaten die Residenz des Präsidenten [→ Putsch]. Jüngst beschließt die EU, nach dem Ausbruch einer Serie der Piraterie und bewaffneten Raubes vor der somalischen Küste, die Entsendung der militärischen Mission EU NAFOR Somalia. Zusätzlich zu diesen fünf neuen Missionen unterhält die EU neun weitere: drei in Europa, zwei im subsaharischen Afrika und vier im Vorderen und Mittleren Orient. Namentlich sind dies die Grenzmission der EU in Moldawien und der Ukraine (EU-BAM), die EU-Militäroperation in Bosnien-Herzegowina (EUFOR ALTHEA), die EU-Polizeimission (EUPM) in Bosnien-Herzegowina, die Ende 2008 beendet werden soll, die EU-Polizeimission für die DR Kongo (EU POL DR Congo), die EU-Mission zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in der DR Kongo (EUSEC DR Congo), die EU-Polizeimission in Afghanistan (EU-POL Afghanistan), die EU-Polizeimission in den Palästinensischen Autonomiegebieten (EUPOL COPPS), die

Grenzbeobachtermission der Europäischen Union am Grenzübergang Rafah in den Palästinensischen Autonomiegebieten (EU BAM Rafah) und die integrierte Mission der EU zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak (EU-JUST LEX).

Die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) unterhält acht Operationen: In Europa unterhält sie die mit einem robusten UN-Mandat ausgestattete und von der NATO geführte KFOR im Kosovo, das NATO-Hauptquartier Sarajevo in Bosnien-Herzegowina, das NATO-Hauptquartier Skopje in Mazedonien, das NATO-Hauptquartier Tirana in Albanien und die NATO-Verbindungsstelle Belgrad in Serbien. Im Vorderen und Mittleren Orient unterhält die NATO die ISAF in Afghanistan, "Active Endeavor" im Mittelmeer als ein Teil der vielfältigen Reaktionen der NATO auf "die terroristische Bedrohung" und die "NATO-Ausbildungsmission im Irak" (NTM-I) im Irak.

Die Afrikanische Union (AU) verwaltet eine Mission in Somalia (AU-Mission in Somalia, AMISOM) sowie die hybride UN-AU-Mission UNAMID, die spät im Jahr 2007 die AU-Mission im Sudan (AMIS), die seit 2004 in Darfur stationiert gewesen war, abgelöst hat. Auch andere Regionalorganisationen wie etwa die Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC) un-

terhalten Operationen in Afrika südlich der Sahara. Ein Beispiel ist die Multinationale Truppe in Zentralafrika (FOMUC), eine Friedensmission der CEMAC, die die zentralafrikanische Regierung mit 380 Soldaten und 170 Polizisten unterstützt. Am 12. Juli wird die Verantwortung für die FOMUC von der CEMAC auf die Wirtschaftsgemeinschaft zentralafrikanischer Staaten (ECCAS) übertragen, was auch die Umbenennung der Mission in Mission für die Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit (MICOPAX) zur Folge hat.

In den Amerikas unterhält die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ein ständiges OAS-Büro in Haiti, das die einzige OAS-Mission zur Unterstützung mehrerer Wahlen in Haiti 2006 abgelöst hat. Die Hauptaufgaben des ständigen Büros sind die Förderung der Institutionalisierung des provisorischen Wahlrats, die Unterstützung der Justiz und der Rechtsstaatlichkeit sowie der sozioökonomischen Entwicklung und die Stärkung der inter-amerikanischen Zusammenarbeit im Kampf gegen die Drogenkriminalität. Neben dem Büro in Haiti unterhält die OAS eine Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien (OAS/MAPP). OAS/MAPP ist im Februar 2004 zur Überprüfung der Entwaffnung und Reintegration paramilitärischer Gruppen wie der AUC [→ Kolumbien (AUC)] ins Leben gerufen worden.

Übersicht: Aktuelle UN-Missionen zur Friedenssicherung

Missionsabkürzung	Name der Mission	Beginn	Land
Europa			
UNOMIG	Beobachtermission der UN in Georgien	1993	Georgien
UNFICYP	Friedenstruppe der UN in Zypern	1964	Zypern
UNMIK	Interimsverwaltung der UN im Kosovo	1999	Serbien
Sub-Sahara Afrika			
BINUB	Integriertes Büro der UN in Burundi	2007	Burundi
MONUC	Mission der UN in der Demokratischen Republik Kongo	1999	Kongo (Kinshasa)
UNMIS	Mission der UN im Sudan	2005	Sudan
UNAMIS	Mission der AU/UN in Dafur	2007	Sudan
UNMEE	Mission der UN in Äthiopien und Eritrea	2000	Äthiopien, Eritrea
UNOCI	Operation der UN an der Elfenbeinküste	2004	Côte d'Ivoire
MINURCAT	Mission der UN in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad	2007	Tschad
UNMIL	Mission der UN in Liberia	2003	Liberia
UNIOSIL	Integriertes Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone	2006	Sierra Leone
UNIPSIL	Integriertes Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone	2008	Sierra Leone
AMISOM	Mission der Afrikanischen Union in Somalia	2007	Somalia
Die Amerikas			
MINUSTAH	Stabilisierungsmission der UN in Haiti	2004	Haiti
Asien und Ozeanien			
UNMOGIP	Militärbeobachtergruppe der UN in Indien und Pakistan	1949	Indien, Pakistan
UNMIT	Integrierte Mission der UN in Osttimor	2006	Osttimor
Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb			
UNIFIL	Interimstruppe der UN im Libanon	1978	Libanon
UNAMA	Unterstützungsmission der UN in Afghanistan	2002	Afghanistan
MINURSO	UN Mission für das Referendum in Westsahara	1991	Marokko
UNTSO	Organisation der UN zur Überwachung des Waffenstillstands	1948	Israel
UNDOF	Beobachtertruppe der UN für die Truppenentflechtung	1974	Syrien, Israel

Autoritative Entscheidungen des IGH

Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat die doppelte Aufgabe, erstens Rechtsstreitigkeiten, die Staaten ihm vorlegen, in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht zu lösen und zweitens, bevollmächtigten UN-Organen und Sonderorganisationen Gutachten in rechtlichen Fragen zu erteilen. Von der Gründung des IGH im Jahr 1947 bis November 2008 sind dem Gericht 142 Fälle vorgelegt worden. Im Beobachtungszeitraum sind 17 Fälle laufend, 15 davon auch noch am 30. November. In acht der anhängigen Fälle ist mindestens eine der Parteien ein europäischer Staat. In einem dieser Fälle, Kroatiens Klage gegen Serbien wegen Völkermords im Krieg 1991-1995, löst der Beginn der Debatte bezüglich der Zuständigkeit des Gerichts am 26. Mai eine Reihe von Gegenanschuldigungen bezüglich ethnischer Säuberung seitens des serbischen Außenministers Vuk Jeremic aus. Als das IGH am 18. November seine Zuständigkeit in diesem Fall erklärt, kündigt Jeremic an, er werde eine Gegenklage einreichen aufgrund angeblicher Kriegsverbrechen gegen ethnische Serben. Milorad Pupovac, der Vorsitzende des Serbischen Nationalrates in Kroatien, bezeichnet die Entscheidung, das

IGH zu Rate zu ziehen, als "Fortsetzung des Krieges" [→ Kroatien (Kroatische Serben/Krajina, West- und Ostslawonien)]. Sechs der Fälle beziehen sich auf Auseinandersetzungen zwischen amerikanischen Staaten; in vier weiteren Fällen ist mindestens eine beteiligte Partei ein Staat des subsaharischen Afrika. In nur einem Fall sind asiatische Staaten involviert.

In zwei Streifälle verkündigt der IGH sein Urteil: Am 23. Mai befindet der IGH mit zwölf zu vier Stimmen, dass die Hoheit über Pedra Branca/Pulau Batu Puteh bei Singapur liegt. Der Streit war dem IGH auf der Basis einer besonderen Übereinkunft zwischen Malaysia und Singapur im Juli 2003 vorgelegt worden [→ Singapur – Malaysia]. In der Klage Dschibutis vom Januar 2006 gegen Frankreich bezüglich der Weigerung Frankreichs, ein internationales Rechtshilfeersuchen auszuführen, kommt das Gericht einstimmig zu dem Schluss, dass Frankreich gegen seine internationalen Verpflichtungen verstoßen hat, indem es Dschibuti keinen Grund für seine Weigerung nannte. Neben diesen beiden Urteilen äußert das Gericht vorgängige Einreden hinsichtlich des Gebiets- und Seestreits zwischen Nicaragua und Kolumbien [→ Nicaragua – Kolumbien (Seegrenze)] und befindet, dass der 1928 zwischen den beiden Ländern geschlossene

Vertrag die Frage der Hoheit über die Inseln San Andrés, Providencia und Santa Catalina regle. Daher erklärt es sich in dieser Frage für nicht zuständig, im Unterschied zu der Streitigkeit über andere Meeresteile und die Frage der Grenzziehung auf dem Meer. Der Fall bleibt anhängig.

Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen keine neuen Klagen erhoben worden sind, werden 2008 sechs neue Fälle beim IGH eingereicht. Am 16. Januar reicht Peru gegen Chile Klage ein hinsichtlich einer Auseinandersetzung über den Verlauf der Seegrenze zwischen den beiden Staaten [→ Peru – Chile (Grenzverlauf)]. Ekuador reicht am 1. April Klage ein gegen Kolumbien aufgrund der mutmaßlichen Versprühung giftiger Herbizide über ekuadorianischem Territorium durch kolumbianische Flugzeuge [→ Kolumbien – Ekuador]. Am 5. Juni beantragt Mexiko eine Auslegung des Urteils vom 31. März 2004 im Fall *Avena u.a. mexikanische Staatsbürger vs. USA* und beantragte eine einstweilige Anordnung [→ USA – Mexiko (Grenzzaun)]. Der Fall wird verhandelt (Stand: 30. November). Vor dem Hintergrund des Krieges im August [→ Russland – Georgien] erhebt Georgien am 12. August auf der Grundlage der Verletzung der UN-Rassendiskriminierungskonvention gegen Russland und reicht zwei Tage später einen Antrag auf eine einstweilige Anordnung nach. Am 15. Oktober ordnete das Gericht unter anderem an, dass beide Seiten von jeglichem Akt der rassischen Diskriminierung sowie von der Finanzierung, Verteidigung oder Unterstützung solcher Handlungen absehen sollen, dass beide Parteien humanitäre Unterstützung erleichtern und jede Aktion, die die jeweiligen Rechte der Parteien beeinträchti-

gen könnte oder die Auseinandersetzung verschlimmert oder verlängert, unterlassen sollen. Am 17. November erhebt Mazedonien Klage gegen Griechenland aufgrund der Verletzung von Artikel 11 der Zwischenvereinbarung vom 13. September 1995 und behauptet dabei insbesondere, Griechenland habe den Beitritt Mazedoniens zur NATO mit einem Veto verhindert, um die Beilegung der Differenzen um den verfassungsmäßigen Namen des Antragstellers als eine essentielle Vorbedingung zu machen [→ Griechenland – Mazedonien]. Die UN-Vollversammlung beantragt am 10. Oktober ein Gutachten hinsichtlich der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom 17. Februar [→ Serbien (Kosovo)].

Im Beobachtungszeitraum werden zwei Fälle angehört oder verhandelt: Rumäniens Klage gegen die Ukraine bezüglich der Seegrenze zwischen den beiden Staaten im Schwarzen Meer sowie Mexikos Antrag auf Auslegung eines Urteils. Im September hält der IGH die öffentlichen Anhörungen im Fall Rumänien gegen Ukraine ab und beginnt anschließend mit der Verhandlung [→ Rumänien – Ukraine]. Montenegro und Kroatien beschließen, ihre Grenzstreitigkeit bezüglich der Halbinsel Prevlaka vor den IGH zu tragen. Nach Gesprächen mit dem montenegrinischen Premierminister Milo Djukanovic in der kroatischen Hauptstadt Zagreb gibt der kroatische Premier Ivo Sanader am 12. März bekannt, dass die beiden Länder übereingekommen seien, in ihrer Grenzstreitigkeit den IGH anzurufen und eine gemeinsame Grenzdemarkationskommission einzurichten. Am 30. November ist dies noch nicht umgesetzt worden.

CONIS

Das HIIK erfasst in seiner Datenbank Kosimo Informationen zu politischen Konflikten ab 1945. Seit 2003 führt es ein relationales Datenbanksystem, das den Datensatz von Kosimo 1 vollständig überarbeitet, aktualisiert und erweitert hat. Derzeit enthält Kosimo 2 Informationen zu weit mehr als 500 Konflikten in über 12.000 Teilphasen. Die neue Konzeption ermöglicht die detaillierte Darstellung des Konfliktverlaufs in gewaltsamen und nichtgewaltsamen Phasen anhand der systematischen Erfassung der Einzelmaßnahmen des Konfliktaustrags. Die Datenbank enthält zudem umfangreiche Angaben zur Struktur staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, die in Jahreszeitreihen erfasst sind.

supported by:



Partner:



Imprint

Herausgeber: HIIK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG
am Institut für Politische Wissenschaften, Universität Heidelberg, Marstallstrasse 6, D-69117 Heidelberg

Autoren (Gruppenleiter sind kursiv abgedruckt):

Europa: *Jan Deuter (jd), Alan Götz (aog), Anne Lübberts (al)*, Jana Allenberg (jb), Nils Bentzien (nb), Sophia Gappisch (sga), Marius Gehrman (mag), Anja Geyer (ag), Sebastian Haag (sh), Dominik Hattrup (dh), Alexander Jossifidis (aj), Marion Kipiani (mak), Larisa Okhotina (lo), Velina Rudarska (vl), Lukas Welz (lw), Sebastian Zilch (sez)

Sub-Sahara Afrika: *David Epp (de), Steffen Kassner (sk), Heidrun Lotta Mayer (hlm), Rüdiger Schwarz (rs)* Adrian Boos (ab), David Brenner (dbr), Thimna Bunte (tb), Peer Böhrnsen (pb), Jan Deuter (jd), Matthias Gerber (mg), Philmon Ghirmai (pg), Laura Gromis (lg), Norman Günther (ng), Melina Heinrich (mh), András Hettyey (ahe), Annette Kappler (kaa), Judith Kindinger (jek), Julia Kronberg (jk), Sonja Meyer (som), Bastian Specht (bs), Stefanie Wodrig (sw)

Amerika: *Jens Hofmann (jjh), Friedemann J. Schirrmeyer (fs)*, Cletus Gregor Barié (cgb), Lukas Cladders (lc), Eva Gutjahr (eg), Alan Götz (aog), Michael Männel (mgm), Frederick Ranitzsch (frz), Christoph Rehm (cr), Konstantin Witschel (kow), Sebastian Zilch (sez)

Asien und Ozeanien: *André Rapp (ar), Christoph Trinn (ct), Thomas Wencker (thw)*, Jan Deuter (jd), Stefan Diederich (sdi), Kristine Döll (kld), Vanessa Elges (ve), Dominik Frommherz (dfr), Stephan Giersdorf (sg), Mark Gombert (gm), Dominik Imhof (di), Martin Lentzen (ml), Kazimir Menzel (kaz), Elisabeth Militz (em), Gregor Pawlowski (gp), Julia Poerting (jp), Andre Rapp (ar), Nikolaus Rentrop (nr), Linus Rob (lr), Pascal Sadaune (ps), Friedemann J. Schirrmeyer (fs), René Schlee (rs), Caja Schleich (cs), Ulrike Schubert (us), Suat Selcuk (sus), Lars Stöwesand (ls)

Vorderer und Mittlerer Orient: *Daniel Braner (db), Suat Selcuk (sus), Silke Zaulig (sz)*, Michaela Böttner (mb), Michael Hehn (hm), Imme Karbach (im), Hanna Janina Klein (hk), Hendrick Lehmann (hl), Sebastian Lingsch (sl), Holger Oswald (ho), Tobias Selge (tse), Philipp Trein (ptr), Klaus Frederik Vettel (kv), Sebastian Wieland (sw), Thomas Zaelke (tz), Khaled Znaidi (khz)

Redaktion: Julian-G. Albert, Daniel Braner, Alan Götz, Jan Deuter, David Epp, Norman Günther, Jens Hoffmann, Pamela Jawad, Steffen Kassner, Marion Kipiani, Anne Lübberts, Heidrun Lotta Mayer, Holger Oswald, André Rapp, Fritz J. Schirrmeyer, Rüdiger Schwarz, Suat Selcuk, Christoph Trinn, Thomas Wencker, Silke Zaulig

Datenbank und Statistische Analyse: Julian-G. Albert, Lars Scheithauer, Nicolas Schwank

Layout: Julian-G. Albert, Lars Scheithauer

Konzeptionalisierung: Pamela Jawad, Nicolas Schwank

Chefredaktion: Pamela Jawad, Heidrun Lotta Mayer

Wir bedanken uns herzlich bei allen Korrektoren dieser Ausgabe für ihre Hilfe und wertvollen Hinweise!

**Heidelberger Institut für
Internationale Konfliktforschung**

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

**Marstallstrasse 6
69117 Heidelberg
Germany
eMail: info@hiik.de
tel: +49 (6221) 54 31 98
fax: +49 (6221) 54 28 96**

www.KONFLIKTBAROMETER.de

ISSN 1616-931X

10 €